

Arbeitskreis Aktionstage für die Menschenwürde

Die Parteien zum Demokratiefördergesetz

Der Arbeitskreis »Aktionstage für die Menschenwürde« hatte den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien am 7. Mai 2021 folgenden Brief geschrieben:

Betreff: Gesetz zur Stärkung und Förderung der wehrhaften Demokratie (Demokratiefördergesetz)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Arbeitskreis Aktionstage für die Menschenwürde befürwortet ein Demokratiefördergesetz. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe, die eine sichere institutionelle Verankerung braucht. Die überwiegend ehrenamtliche Arbeit gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus und jede Form von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bedarf einer dauerhaften und verlässlichen Förderung.

Durch den Mord an Walter Lübcke sowie die Anschläge von Halle und Hanau wurde für alle deutlich sichtbar: Rassismus und Antisemitismus töten. Das Demokratiefördergesetz war deswegen ein elementarer Teil des Maßnahmenpakets des Kabinettsausschusses Rechtsextremismus der Bundesregierung. Der Arbeitskreis ist sehr enttäuscht, dass in dieser Legislaturperiode die Annahme eines Demokratiefördergesetzes gescheitert ist.

Die verschiedenen Aktionstage für die Menschenwürde führen jedes Jahr weit über 10.000 Veranstaltungen durch, die Millionen Menschen in Deutschland erreichen und die sich für die Würde aller Menschen und gegen Rassismus und Extremismus einsetzen. Die hinter den Aktionstagen stehenden Organisationen werden durch Spenden, kirchliche Zuschüsse oder auch durch staatliche Unterstützungen ganz oder teilweise gefördert.

Alle Organisationen dieses Arbeitskreises engagieren sich – zum Teil seit Jahrzehnten – für unsere Demokratie. Wir wirken tief in die Zivilgesellschaft hinein und stehen mit unserer Arbeit für eine starke und vielfältige Demokratie und gegen jede Form von Extremismus. Es schadet unserem Ansehen, wenn bei jeder staatlichen Förderung ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland von uns gefordert wird. Darin kommen ein Misstrauen und ein Generalverdacht zum Ausdruck, die nicht hinnehmbar sind. Es ist ausreichend, wenn in Zuwendungsbescheiden darauf hingewiesen wird, dass keine Steuergelder an extremistische Organisationen weitergeleitet werden dürfen.

Wir bitten um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass ein Demokratiefördergesetz zu Beginn der nächsten Legislaturperiode verabschiedet wird?**
- 2. Stimmen Sie zu, dass bei Förderungen auf ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verzichtet wird?**

Wir bitten um eine Antwort bis zum 31. Juni 2021 und um das Einverständnis, dass wir Ihre Antwort den vielen Tausend Engagierten der Aktionstage für die Menschenwürde zuleiten können. Dieses Schreiben übersenden wir gleichzeitig an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien, die Rassismus ablehnen.

Mitglieder des Arbeitskreises Aktionstage für die Menschenwürde sind die Geschäftsstellen

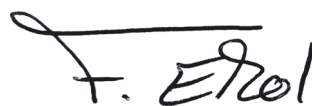
- der Woche der Brüderlichkeit
- der Internationalen Wochen gegen Rassismus
- des ROMADAY – Solidarität mit den Sinti und Roma Europas
- der Aktionswoche zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus
- der Interkulturellen Woche
- des Tags des Flüchtlings
- des Tags der Offenen Moschee
- der Aktionswochen gegen Antisemitismus
- des Tags der Menschenrechte

Für Ihre Antwort bedanken wir uns bereits jetzt.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Arbeitskreis Aktionstage für die Menschenwürde



Dr. Jürgen Micksch
Geschäftsführender Vorstand
der Stiftung für die Internationalen Wochen
gegen Rassismus



Friederike Ekol
Geschäftsführerin des
Ökumenischen Vorbereitungsausschusses
zur Interkulturellen Woche

Die Antworten der Parteien

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Ja. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist elementar für die politische Auseinandersetzung in unserer Demokratie. Engagierte Menschen, vor allem Ehrenamtler*innen in Initiativen, Verbänden, Vereinen oder NGOs, stärken den Zusammenhalt, tragen dazu bei, wichtige Anliegen auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen und leisten ihren Beitrag zur Willensbildung. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, dass sie ihrer Arbeit in Zukunft gut abgesichert, ohne Einschüchterung und Kriminalisierung nachgehen können. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir ihr Engagement nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern.

2. Ja. Diese sogenannte »Extremismusklausel« stellt ausgerechnet Demokratieinitiativen unter Generalverdacht und wurde zu Recht 2014 abgeschafft.

CDU/CSU

1. Ein Demokratiefördergesetz würde das Budgetrecht des Deutschen Bundestages beträchtlich einschränken. Das Parlament muss sich die Entscheidung vorbehalten, im Einzelfall bestimmte Maßnahmen fördern oder auch nicht fördern zu können. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir zur Stärkung der Demokratie folgende Maßnahmen umsetzen: Wir werden die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stärken. Dem Deutschen Bundestag sollen künftig regelmäßig Extremismus-Berichte der Bundesregierung vorgelegt werden, die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Blick auf Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus ausleuchten. Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement gehört zu den zentralen Elementen einer lebendigen Demokratie. Es ist eine der wesentlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir wollen die Attraktivität der Freiwilligendienste – etwa durch die Anpassung des Taschengelds, eine breite Angebotsauswahl und eine hohe Qualität der Angebote – weiter steigern und einen Rechtsanspruch einführen. Über die Möglichkeiten der Freiwilligendienste soll vermehrt schon in den Schulen informiert werden.

2. Nach Überzeugung von CDU und CSU müssen staatliche Institutionen sicherstellen, dass sich Empfänger staatlicher Leistungen auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen. Wir wollen daher wieder eine Demokratieklausele einführen. Empfänger von Fördergeldern müssen sich klar und ausdrücklich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

DIE LINKE

Sie haben darauf hingewiesen: Die extreme Rechte hat die Schwelle zum Terror längst überschritten. Die Liste rechter Attentate aus den letzten zwei Jahren ist lang. Rechte begehen Anschläge auf Migrant*innen, Jüd*innen und Andersdenkende; die Sicherheitsbehörden erweisen sich immer wieder als unfähig, die Täter zu fassen. Das hat in der Bundesrepublik eine schreckliche Tradition, vom Attentat auf das Münchner Oktoberfest bis zu den Morden des NSU. Die Täter*innen werden durch ein gesellschaftliches Klima ermutigt, in dem der Wert von Menschenleben in Frage gestellt wird. Der Weg zu Bluttaten beginnt mit Hetze im Alltag.

Diese Hetze fällt nicht vom Himmel: Rechte Gruppen und Parteien versuchen, Ängste und Nöte der Menschen angesichts der Folgen neoliberaler Politik zu bedienen. Sie deuten soziale Auseinandersetzungen in ethnische, religiöse und kulturelle Konflikte um, bekämpfen die Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuelle Vielfalt. Und sie verbreiten – gerade angesichts der Corona-Pandemie – antisemitische Verschwörungstheorien. Meist sind es ehrenamtlich organisierte Projekte der Zivilgesellschaft, die Aufklärungsarbeit betreiben, Solidarität praktisch erlebbar machen und dahin gehen, wo es weh tut. Dafür werden sie von Konservativen als »Nestbeschmutzer« beschimpft, ihnen werden öffentliche Gelder entzogen und sie werden als »Linksextremisten« kriminalisiert. Die AfD versucht, missliebige Vereine und Akteure der Zivilgesellschaft bis hin zur Landeszentrale für politische Bildung zu diskreditieren. Konservative fordern, Grundrechte einzuschränken, und (noch) mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden. Offensichtlich gibt es bei diesen aber kein Defizit an Informationen, Ausrüstung und Befugnissen – wohl aber ein Haltungsproblem.

DIE LINKE hält dagegen – auf der Straße, in den Betrieben, in den Parlamenten. Zusammen mit breiten Bündnissen blockieren wir Naziaufmärsche und stehen gegen rechte Angriffe und für die gesellschaftliche Ächtung von rechtem Gedankengut. Wir stellen uns gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit, egal ob vom rechten Rand oder aus der vermeintlich seriösen Mitte der Gesellschaft. Wir finden: Ziviler Ungehorsam gehört zum demokratischen Protest und darf nicht kriminalisiert werden. Die Große Koalition hat rechten Kampagnen immer wieder nachgegeben und mit ihrer Politik den Nährboden bereitet, auf dem Rassismus und Ideologien der Ausgrenzung gedeihen. Der Aufstieg der AfD ist auch Ergebnis dieser verfehlten Politik. Eine wirksame Politik muss Ursachen bekämpfen und aufklären: Armut und Niedriglöhne zurückdrängen, die

Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen.

Vor diesem Hintergrund können wir Ihre beiden Fragen mit »ja« beantworten. Protest und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse müssen mit einem echten Demokratiefördergesetz stärker und langfristig finanziell unterstützt werden. Und das so bald wie eben möglich – die Zeit drängt. Dabei darf es kein strukturelles Misstrauen und keinen Kooperationszwang mit dem Inlandsgeheimdienst geben. Ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als Voraussetzung für eine öffentliche Förderung ist Ausdruck eines Generalverdachts gegenüber der aktiven Zivilgesellschaft, den wir ablehnen.

Ihre entsprechenden Forderungen nach einem Demokratiefördergesetz und der Ablehnung einer Bekenntnispflicht unterstützen wir daher vollumfänglich. Sie finden sich bereits im Kapitel »Demokratie stärken« des Entwurfs unseres Bundestagswahlprogramms und sind Teil unseres Vorschlags für einen fortschrittlichen Politikwechsel im Bund. Auch nach der Wahl – versprochen!

FDP

1. Unsere Demokratie und unsere Freiheit sind bedroht durch Extremismus, durch Populismus und durch Gleichgültigkeit. Für uns Freie Demokraten ist es daher eine Kernaufgabe, die liberale Demokratie mit Leben zu erfüllen, sie fortzuentwickeln und zu verteidigen. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass der Bund die Präventionsarbeit und funktionierende Aussteigerprogramme zu unterschiedlichen Extremismusformen auf eine verlässliche finanzielle Grundlage stellt. Daneben wollen wir auch die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft stärken. Durch ehrenamtlichen Einsatz leisten viele Bürgerinnen und Bürger einen elementaren Beitrag zu einer friedfertigen, lebendigen und wehrhaften Demokratie.

2. Für uns Freie Demokraten ist wichtig, dass dort, wo Vereine, Stiftungen und andere Organisationsformen Zuwendungsempfänger von staatlicher Struktur- und Projektförderung sind, der Staat sicherstellt, dass sie und ihre Projektpartner auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

SPD

1. Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft. Wir werden das Bundesprogramm »Demokratie leben!« weiter ausbauen und hierüber Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene fördern. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe. Deshalb setzen wir uns für ein Demokratiefördergesetz ein, mit dem wir auch perspektivisch demokratische Strukturen unterstützen und Extremismus entgegenwirken können. Wir wollen denen den Rücken stärken, die sich für eine offene, vielfältige Gesellschaft und ein friedliches Miteinander einsetzen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und der Kampf gegen Rechtsextremismus entscheiden sich vor allem vor Ort, da, wo Nachbarn und Dorfgemeinschaften zusammenkommen.

2. Stimme zu. Die Forderung nach einem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung drückt unseres Erachtens ein Misstrauen gegenüber den Engagierten aus. Deshalb lehnen wir eine sogenannte »Extremismusklausel« ab. Wir wollen die Träger von Initiativen zur Stärkung von Demokratie und Bekämpfung von Extremismus unbürokratisch und umfassend unterstützen. Selbstverständlich erwarten wir von ihnen, dass sie ihrer Verantwortung bei der Auswahl von Kooperationspartnern gerecht werden. Niemand soll mit Steuermitteln unterstützt werden, der sich nicht auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt.

Herausgeber:

Arbeitskreis »Aktionstage für die Menschenwürde«
c/o Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Goebelstr. 21a, 64293 Darmstadt
Telefon: 06151 / 33 99 71 | Fax: 06151 / 39 19 740

info@stiftung-gegen-rassismus.de | <https://stiftung-gegen-rassismus.de/>